

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Sahra Wagenknecht, weiterer Abgeordneter und der Gruppe BSW  
– Drucksache 20/15107 –**

### **Nein zur Kriegstüchtigkeit – Ja zur Diplomatie und Abrüstung**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller sehen in den von der Trump-Administration initiierten Friedensgesprächen mit Russland und der Ukraine eine Chance auf ein Ende des „Stellvertreterkrieges“ in der Ukraine. Überlegungen, die Ukraine auch ohne die USA weiter mit Waffenlieferungen zu unterstützen, seien sicherheitspolitisch verantwortungslos. Als Rechtfertigung für die geplante massive Aufrüstung Deutschlands würden die veränderte Sicherheitssituation in Europa infolge des russischen Einmarschs in die Ukraine und der Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump in Verbindung mit einer möglichen Überprüfung des weiteren US-Engagements in Europa herangezogen. Dies sei aus Sicht der Antragsteller nicht plausibel, da die russische Armee in den drei Kriegsjahren nur wenige Gebiete habe erobern können. Zudem betrügen die bisherigen Militärausgaben allein der europäischen NATO-Staaten mit 482 Milliarden US-Dollar mehr als das Vierfache der Militärausgaben Russlands in Höhe von 109 Milliarden US-Dollar. Vor diesem Hintergrund lasse sich die grundgesetzliche Lösung der Schuldenbremse für Militärausgaben über 1 Prozent des BIP zur Steigerung der deutschen Militärausgaben von 90 auf 150 Milliarden (von 2 Prozent des BIP auf 3,5 Prozent des BIP auf dem nächsten NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag) jährlich nicht mit einer notwendigen Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands begründen.

Deutschland riskiere durch eine Lieferung weitreichender Waffen wie des Taurus-Marschflugkörpers einen Kriegseintritt und torpediere damit gleichzeitig Bemühungen, zu einem Frieden in der Ukraine zu kommen. Verschärfend komme hinzu, dass die geplante Aufrüstung Deutschlands nicht mit einem Dialogangebot an Russland zur gemeinsamen Abrüstung verbunden sei.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, Diplomatie wieder ins Zentrum der deutschen Außenpolitik zu rücken und eine Politik der Entspannung, gemeinsamen Sicherheit in Europa und Abrüstung zu verfolgen, statt Hunderte Milliarden Euro für die Aufrüstung zu „verpulvern“. Die Bundesregierung solle weiterhin aufgefordert werden, sich in der EU auf eine Friedensinitiative zur Beendi-

gung des „Stellvertreterkrieges“ in der Ukraine zu konzentrieren, den von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgelegten „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“, der eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben auf bis zu 800 Milliarden Euro beinhalte, zurückzuweisen und jedwede Friedensbemühungen für eine Beendigung des Ukraine-Krieges zu unterstützen sowie Russland ein Gesprächsangebot über gemeinsame Abrüstungsanstrengungen zu unterbreiten, dies auch mit Blick auf eine Senkung der eigenen Militärausgaben und eine mögliche Beendigung der selbstschädigenden Wirtschaftssanktionen. Weiterhin solle die Bundesregierung aufgefordert werden, Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, gute Beziehungen zu allen Großmächten anzustreben und allen Plänen, Deutschland atomar bewaffnen zu wollen, eine Absage zu erteilen.

## **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe BSW bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/15107 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2025

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Thomas Erndl**  
stv. Vorsitzender

**Dietmar Nietan**  
Berichtersteller

**Jürgen Hardt**  
Berichtersteller

**Deborah Düring**  
Berichterstellerin

**Frank Müller-Rosentritt**  
Berichtersteller

**Beatrix von Storch**  
Berichterstellerin

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstellerin

## **Bericht der Abgeordneten Dietmar Nietan, Jürgen Hardt, Deborah Düring, Frank Müller-Rosentritt, Beatrix von Storch und Sevim Dağdelen**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/15107** in seiner 213. Sitzung am 13. März 2025 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Antragsteller sehen in den von der Trump-Administration initiierten Friedensgesprächen mit Russland und der Ukraine eine Chance auf ein Ende des „Stellvertreterkrieges“ in der Ukraine. Überlegungen, die Ukraine auch ohne die USA weiter mit Waffenlieferungen zu unterstützen, seien sicherheitspolitisch verantwortungslos. Als Rechtfertigung für die geplante massive Aufrüstung Deutschlands würden die veränderte Sicherheitssituation in Europa infolge des russischen Einmarschs in die Ukraine und der Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump in Verbindung mit einer möglichen Überprüfung des weiteren US-Engagements in Europa herangezogen. Dies sei aus Sicht der Antragsteller nicht plausibel, da die russische Armee in den drei Kriegsjahren nur wenige Gebiete habe erobern können. Zudem betrügen die bisherigen Militärausgaben allein der europäischen NATO-Staaten mit 482 Milliarden US-Dollar mehr als das Vierfache der Militärausgaben Russlands in Höhe von 109 Milliarden US-Dollar. Vor diesem Hintergrund lasse sich die grundgesetzliche Lösung der Schuldenbremse für Militärausgaben über 1 Prozent des BIP zur Steigerung der deutschen Militärausgaben von 90 auf 150 Milliarden (von 2 Prozent des BIP auf 3,5 Prozent des BIP auf dem nächsten NATO-Gipfel im Juni 2025 in Den Haag) jährlich nicht mit einer notwendigen Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands begründen.

Deutschland riskiere durch eine Lieferung weitreichender Waffen wie des Taurus-Marschflugkörpers einen Kriegseintritt und torpediere damit gleichzeitig Bemühungen, zu einem Frieden in der Ukraine zu kommen. Verschärfend komme hinzu, dass die geplante Aufrüstung Deutschlands nicht mit einem Dialogangebot an Russland zur gemeinsamen Abrüstung verbunden sei.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, Diplomatie wieder ins Zentrum der deutschen Außenpolitik zu rücken und eine Politik der Entspannung, gemeinsamen Sicherheit in Europa und Abrüstung zu verfolgen, statt Hunderte Milliarden Euro für die Aufrüstung zu „verpulvern“. Die Bundesregierung solle weiterhin aufgefordert werden, sich in der EU auf eine Friedensinitiative zur Beendigung des „Stellvertreterkrieges“ in der Ukraine zu konzentrieren, den von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgelegten „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“, der eine Lockerung der Schuldenregeln sowie Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben auf bis zu 800 Milliarden Euro beinhalte, zurückzuweisen und jedwede Friedensbemühungen für eine Beendigung des Ukraine-Krieges zu unterstützen sowie Russland ein Gesprächsangebot über gemeinsame Abrüstungsanstrengungen zu unterbreiten, dies auch mit Blick auf eine Senkung der eigenen Militärausgaben und eine mögliche Beendigung der aus Sicht der antragstellenden Gruppe selbstschädigenden Wirtschaftssanktionen. Weiterhin solle die Bundesregierung aufgefordert werden, Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, gute Beziehungen zu allen Großmächten anzustreben und allen Plänen, Deutschland atomar bewaffnen zu wollen, eine Absage zu erteilen.

### **III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/15107 in seiner 85. Sitzung am 16. März 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe BSW bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung.

**IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/15107 in seiner 82. Sitzung am 16. März 2025 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Gruppe BSW bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung.

Berlin, den 16. März 2025

**Dietmar Nietan**  
Berichtersteller

**Jürgen Hardt**  
Berichtersteller

**Deborah Düring**  
Berichterstellerin

**Frank Müller-Rosentritt**  
Berichtersteller

**Beatrix von Storch**  
Berichterstellerin

**Sevim Dağdelen**  
Berichterstellerin





